

Transkript des Videos

„Wannseekonferenz 2.0“: Was war wirklich los? - TE Wecker am 20.01.2024

<https://www.youtube.com/watch?v=MWJcmCaMI2Q>

Guten Tag ich begrüße Sie zu unserem Wecker am Wochenende von Tichys Einblick

Tichy: na das ist gerade noch einmal knapp gut gegangen dank mutiger Recherchen vier Kameras und vermutlich einem großen Lauschangriff konnte gerade noch einmal ein Aufstand von gefährlichen radikalen aufgedeckt werden ein angebliches Geheimtreffen in Potsdam in einer Villa noch dazu in der Nähe des Wannsees sorgte für Aufsehen die Agentur Korrektiv vom Steuerzahler und von mehreren Stiftungen darunter einer des Milliardärs George Soros bezahlt, hatte eine lange Räuberpistole veröffentlicht die Villa wird gezeigt dazu verschwommene Bilder vom Inneren, aber nicht viel mehr. Hier sollen sie einen heimtückischen Angriff auf unsere Staatsordnung ausgehakt haben, glaubt man dem Korrektiv narrativ oder besser dem was die Medien draus machen. Sogar der maulfaule Kanzler Scholz macht mit und ruft Rechtsextremisten würden unsere Demokratie angreifen und verschleudert gleichzeitig die Staatsbürgerschaft. Lässt jetzt bedenkenlos alle rein. Von Deportation ist in den Medien die Rede. Der Begriff kommt bei Korrektiv selbst nicht vor, sondern wird nur nahe gelegt.

Eine ziemlich finstere Geheimkonferenz muss dies also gewesen sein. Belegt ist nichts was die außer Rand und Band geratenen Staatsmedien über das Treffen erzählen. Im derzeitigen Zustand einiger Journalisten und Politiker könnte Korrektiv diesen sogar die Hitlertagebücher unterjubeln, schreibt Marco Galin bei Tichys Einblick und man würde die Geschichte glauben. Dies ist nämlich gleichwohl eine gute Gelegenheit sich so mancher unliebsamer Parteimitglieder oder anderer Widersacher zu entledigen mit dem Vorwurf er sei dabei gewesen.

Staatsrechtler Dr Ulrich Vosgerau ist tatsächlich dabei gewesen und kann erzählen was wirklich gesagt wurde.

Tichy: Herr Vosgerau sie gehen rechtlich jetzt gegen die Plattform Korrektiv vor und wollen klagen.

Vosgerau: streng genommen wird es sich zunächst nicht um eine Klage handeln, sondern um einen Antrag auf einstweilige Anordnung und dem wird dann eine Abmahnung aber auch nocheinmal vorausgehen. Es ist so im Recht der Meinungsäußerung und des allgemeinen Persönlichkeitsrechtsschutzes, wird ja der Rechtsschutz durchweg immer im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes abgehandelt. Hauptsacheverfahren gibt es dort kaum. Deswegen ist der klassische Weg eben ganz einfach der, erst eine Abmahnung, die werden die nicht unterschreiben. Das macht Korrektiv nämlich nie und dann wird man eben ins einstweilige Rechtsschutzverfahren gehen in Hamburg wahrscheinlich.

Tichy: was werfen Sie konkret Korrektiv vor ?

Vosgerau: Korrektiv hat ja in einem Text, der ausgedruckt 28 Seiten ergibt, ziemlich länglich und langweilig auch zu lesen ist viele Redundanzen und Wiederholungen enthält und der eben der Schilderung dieses rein privaten Treffens in einem Potsdamer Hotel dient. Dort ist er ja auch am Rand dort sind die von Korrektiv ja auch am Rande auf mich eingegangen und haben geschildert wie ich da einen Vortrag gehalten habe und diese Schilderungen die Korrektiv macht die sind durchweg falsch. Das sind eindeutig falsche Tatsachenbehauptungen und das wiegt hier noch umso schwerer, als Korrektiv mich ja vorher angefragt hatte, wie das journalistisch üblich ist, zwar mit sehr kurzer Frist und auch übers Wochenende glaube ich, aber ich habe jedenfalls die seinerzeitigen

Fragen von Korrektiv sehr sorgfältig beantwortet. Hab denen also genau gesagt was eigentlich mein Vortrag für ein Thema hatte und was ich da noch alles gesagt habe und was das Publikumwissen wollte und was ich darauf wiederum gesagt habe. Das heißt die waren ganz genau informiert. Sie haben aber meine Angaben dennoch ignoriert, etwas anderes geschrieben was nicht der Fall war und dann haben Sie auch noch zu einem Überfluss in ihren Text geschrieben, ich hätte die mir zugeschriebenen Sätze oder den mir zugeschriebenen Satz bestätigt. Das ist also ganz falsch und deswegen sehe ich ja auf den ersten Blick ganz gute Erfolgssicht.

Tichy: Sie haben ja einen Vortrag gehalten, worum ging es denn bei dem? Um die Deportation von nicht Ausreisewilligen Migranten?

Vosgerau: nein das hat gar keine Rolle gespielt. Sondern ich war nicht als Vortragsredner gebucht, aber weil dann offenbar ein Redner ausgefallen war oder ein Vortrag ausgefallen war, hat mich der Veranstalter dann gebeten doch einen spontanen Vortrag über Verfassungsrecht einzuschieben und der ging eben über das Briefwahlrecht und die verfassungsrechtlichen Probleme der Briefwahl. Das ist einfach so, im Grundgesetz selber ist die Briefwahl überhaupt nicht vorgesehen. Viel mehr kann man aus dem Grundgesetz klar ableiten dass die Väter und Mütter des Grundgesetzes allein an die Innenwahl und Präsenzwahl gedacht haben, wenn sie Wahl schreiben. Später ist die Briefwahl dann einfach gesetzlich eingeführt worden. Sie ist immer verfassungsrechtlich ein Problem, weil die Wahlrechtsgrundsätze des Grundgesetzes bei der Briefwahl durchweg nicht eingehalten werden können, bzw. jedenfalls ihre Einhaltung in den privaten Bereich verlegt ist und zum privaten Problem wird. Staatlich nicht mehr überwacht werden kann. Das Bundesverfassungsgericht hat sich in bisher drei Entscheidungen zur Briefwahl geäußert und hat in seiner dritten und letzten Entscheidung vor allem gesagt, dass die Briefwahl niemals der Regelfall werden dürfe. Das ist sie aber bei der letzten Bundestagswahl 2021 gewesen. Da hatten wir bundesweiten briefwahlanteil von ca 50% und in einigen Bundesländern sogar deutlich über 60 %. In diesem Zusammenhang vertrete ich mehrere Wahlüberprüfungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht und davon habe ich eben geredet. Das habe ich erklärt, die Wahlrechtsgrundsätze des Grundgesetzes, die Probleme der Briefwahl, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts also ein ziemlich fachlicher, verfassungsrechtlicher Vortrag und in diesem Vortrag kam dann auch mal der Satz oder der Halbsatz vor, weil man ja versuchen muss juristische Probleme so ein bisschen auch einzufärben, dass nicht alle gleich einschlafen. Da habe ich dann zur Illustration gesagt : ja also, ich kann mir schwer vorstellen dass also wenn da eine türkisch stämmige Jungwählerin zu Hause in der Küche unter Aufsicht ihres Vaters und mehrerer Brüder ihren Wahlzettel ankreuzt, da bin ich mir gar nicht sicher ob das in allen Fällen dann wirklich in dem Freiheitsgrad faktisch geschieht, den die Verfassung eigentlich voraussetzen würde. Das war so zur Illustration. Ich sie sag also keineswegs, dass die nicht selbständig denken kann. Ich bin überzeugt dass sie selbständig denken kann und sie soll die Ergebnisse des selbstständigen Denkens auch in die Tat umsetzen und dafür sind ja Wahlkabinen und Wahllokale da, damit das ganz ungestört geschehen kann. Und daraus macht dann Korrektiv in seiner Darstellung, ich hätte gesagt - also Briefwahl kommt gar nicht vor , das Briefwahl Problem wird gar nicht erwähnt und dann soll ich weiter gesagt haben , ja die Bundestagswahlen seinen sinngemäß deswegen illegitim, weil dort auch WählerInnen türkischer Herkunft teilnahmen und die könnten ja nicht selbständig denken. Und dann hätte ich auch noch die Leute aufgefordert aus diesem Grund und mit dieser Begründung Wahlprüfungsbeschwerden zu erheben und dann hätte ich drittens gesagt, je mehr Leute so eine Wahlprüfungsbeschwerde erheben, umso erfolgreicher würde sie, also umso höher sei die Wahrscheinlichkeit eines Erfolges. Das ist natürlich auch alles Unsinn. Sondern nachdem ich mit meinem Vortrag über die Probleme des Briefwahlrechts eben durch war, wurde in der Tat aus den Reihen des Publikums gefragt, ob es vor diesem Hintergrund nicht sinnvoll sei, wenn man regelrecht so ein Formularblatt erstellen würde, mit dessen Hilfe dann möglichst viele Leute eine einen standardisierten Wahleinspruch, eine standardisierte Wahlprüfungsbeschwerde erheben könnte eben mit dieser Begründung Briefwahl sei doch ein Problem und dürfe nicht zu hoch sein der Anteil. Dazu habe ich

genau das Gegenteil gesagt, von dem was Korrektiv behauptet. Ich habe gesagt massenhaftes Vorgehen sei gerade nicht sinnvoll, denn die Erfolgswahrscheinlichkeiten einer Wahlprüfungsbeschwerde die steigern sich natürlich nicht mit der Zahl der Unterschriften die da drunter sind, oder mit der Zahl der der Anträge die eingereicht werden, sondern mit der Qualität der Begründung und deswegen wäre es auch nicht sinnvoll wenn 1000 Anwälte also wenn ein Anwalt 1000 Wahlüberprüfungsbeschwerden einreicht, die alle in der Begründung unter denselben Mängeln vielleicht leiden. Die werden ja nicht besser wenn man es 1000 Mal wiederholt. Sondern es wäre viel besser wenn vier oder fünf Anwälte jeweils nur eine ganz überschaubare Zahl von Wahlprüfungsbeschwerden führt und die ganz eigenständig begründet. Das macht nämlich die Wahrscheinlichkeit größer, dass in diesen Begründungen dann irgendwann auch mal das Argument enthalten ist oder derjenige Vortrag da ist, der das Gericht am Ende überzeugt. Da habe ich das genaue Gegenteil gesagt, die sollen es gerade nicht massenhaft machen und wie gesagt es ging um briefwahl, um nichts anderes. Korrektiv versucht das so hinzustellen, als hätte ich über Wege nachgedacht demokratische Wahlen irgendwie als solche zu delegitimieren und das sollte dann über massenhafte Wahlprüfungsbeschwerden erfolgen. Es ist also wirklich der Tatsachekern der Darstellung von Korrektiv über meinen Vortrag. Der ist wirklich so gering und so minimal, dass man meines Erachtens eigentlich gar nicht mehr von einem Tatsachekern sprechen kann. Es ist eigentlich von vornherein falsch alles.

Tichy: saß denn jemand von Korrektiv im Publikum und hat mitgeschrieben oder wie kommen die auf diese Darstellung?

Vosgerau: das war mir nicht erkennbar. Wir wissen das nicht ganz genau. Wir wissen also, dass ein Reporter von Korrektiv im Haus war. Der hatte sich da als Gast irgendwie einbuchen können und lief dann da durch die Gegend. Er trug Kopfhörer und versuchte mehrfach in die Veranstaltung vorzudringen und dann wurde ihm eben höflich gesagt, dass das jetzt in diesem Saal da jetzt eine geschlossene Veranstaltung ist, dass er da dann drum herum gehen müsse. Da tauchte der insgesamt dreimal auf, wenn ich das richtig gesehen habe. Da kann er dadurch, durch dieses Vorgehen alleine kann er natürlich noch keine vertieften Kenntnisse gewonnen haben was da so im Einzelnen passiert ist. Der Umstand dass der dauernd Kopfhörer trug scheint mir schon ein Stück weit darauf hinzudeuten, dass da möglicherweise Technik wie etwa Richtmikrofone oder so benutzt worden ist. Dass der hinter der Tür stand und mit einem Richtmikrofon das dann in den Raum oder auf die Tür gehalten hat, damit Äußerungen verstärkt haben mag. Das wissen wir aber alles nicht und wir wissen dass Korrektiv neuerdings gegenüber news bestritten hat, irgendeine Abhörtechnik eingesetzt zu haben. Das wäre dann auch eine Straftat nach § 201 Strafgesetzbuch. Wir wissen also nicht genau. Korrektiv gibt ja wieder, dass da angeblich von massenhafter Vertreibung deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund aus Deutschland gesprochen wurde.

Tichy: war dies denn der Fall?

Vosgerau: ja natürlich nicht und streng genommen gibt das Korrektiv auch nicht wieder. Das ist ja diese Art der Berichterstattung, die es zugleich erschwert gegen die Sache auf breiter Front juristisch vorzugehen. Wir werden vorgehen, aber es werden letztlich Details der Darstellung betroffen sein. Es wird nicht der ganze Text aus dem Internet verschwinden und zwar weil dieser Text so aufgebaut ist, dass jeder unvoreingenommene Leser dem Text gleich ansieht, wenn man aufmerksam durchliest, dass der völlig Unsubstantiiert ist und dass die eigentlich überhaupt gar nichts in der Hand haben. Korrektiv behauptet denn ja auch eigentlich nicht, dass Martin Sellner sich irgendwie für Vertreibungen oder gar Deportation, das Wort Deportation kommt, glaube ich, nicht mal bei Korrektiv vor. Das haben dann weitere Medien sich selbständig ausgedacht. Wie überhaupt zu beobachten ist, dass die Medien, die die Korrektiv Berichterstattung aufgreifen, sozusagen auch ihren eigenen Fantasien jeweils freien Lauf lassen und dann eigenständig neue Dinge hinzudichten. Sondern im Kern sagt der Korrektiv erstmal ganz einfach dass Martin Sellner

einen Vortrag gehalten hatte über Remigration, wie er das eben nennt. Das ist eine Tatsachenbehauptung die stimmt. Aber auch in der Sache war es eine Buchvorstellung. (1) Und weiter schreiben sie dann sinngemäß, ja ja und wir wissen ja alle was das bedeutet Remigration, das bedeutet ja die Vertreibung von Millionen von Deutschen unabhängig davon was Sie für einen Pass haben, wohl nach der Hautfarbe dergleichen. Nun sind das alles Fantasien und Korrektiv sagt auch nicht dass Martin Sellner das gesagt habe, sondern die geben ihre eigenen Fantasien zu Protokoll und skandalös ist nun unter anderem dass zahllose Medien also vor Allem der gesamte Öffentlich Rechtliche Rundfunk, aber auch zahlreiche weitere Mainstream Medien dies dann übernehmen und die Mitteilung darüber. Das Korrektiv meint die geheimsten Gedanken Martin Sellners zu kennen, auch wenn er sie nicht ausspricht. Als eine Enthüllung verkaufen die eine Recherche ans Tageslicht gebracht hat. In Wahrheit ist das ja journalistisch überhaupt keine Mitteilung, wenn diese Leute von Korrektiv sagen, also wir halten den für einen Rechtsextremisten und wir trauen ihm alles mögliche Böse zu. Das ist ja nur eine Einschätzung dieser Leute die sie mit Tatsachen gar nicht belegen können, weil der Martin Sellner sich im Großen und Ganzen durchaus eher zurückhaltend äußert und da das keine Meldung wäre. In der heutigen Mediengesellschaft wird dieser ganze Geheimdienstzinober inszeniert mit vier Kameras und körnigen Bildern. Da könnte man ja gleich fragen, wenn die sowieso schon wissen was Martin Sellner so heimlich denkt. Dann brauchen sie auch diese Kameras nicht. Seine geheimen Gedanken kann man ja auch nicht fotografieren.

Tichy: fielen denn die Worte Vertreibung oder Deportation auf der Versammlung?

Vosgerau: nein, die Worte Vertreibung und Deportation fielen nicht. Das hätte auch gar nicht zu Sellners Vortrag gepasst. Ich meine mich jetzt zu erinnern, ich kann jetzt nicht auf der Stelle die 28 Seiten noch mal nachlesen ich meine das Wort Deportation wird noch nicht einmal von Korrektiv so angeführt, sondern das haben sich dann weitere Medien bei der Rezeption dann ausgedacht. Es wird.. also es ist zu sehen, dass gerade Journalisten aus dem öffentlich rechtlichen Rundfunk offenbar ein echtes Bestreben haben, also das narrativ auch noch weiter einzufärben und weiter zu bebildern und sich eigenständige Ergänzungen auszudenken, die dann eben alle unter Unterkurs auf die vermeintliche Enthüllung von Korrektiv irgendwie als gesicherte Tatsachen präsentiert werden. Halten wir doch noch mal fest, Überlegungen zur Abschiebung und zum Passenzug, die gibt's ja überall bei allen Parteien. Das ist also doch nichts Neues. Also die zweite Jahreshälfte 2023 war ja von einem regelrechten Überbietungswettbewerb darüber geprägt, wie man mehr Leute oder neue Personengruppen abschieben, oder am Ende gar ausbürgern konnte. Also nicht etwa von Seiten der AfD z.B, sondern von Seiten der ganz etablierten Parteien. Da waren bei der SPD Überlegung da gewesen, eingebürgerten Deutschen die Staatsbürgerschaft wieder wegzunehmen und zwar bis zu 10 Jahre nach der Einbürgerung, wenn sie sich als Antisemiten entpuppen. Und letzteres sollte dann daran festgemacht werden, ob sie gegen Israel demonstrieren. Ob dies nun nur für Doppelstaatler gelten sollte, oder auch für Menschen die nur noch die deutsche Staatsbürgerschaft haben, weiß ich jetzt nicht zu sagen. Es gab einen weiteren Vorschlag von Nancy Faeser, der bezog sich auf Ausländer, die also nicht eingebürgert sind und bei denen sollte es sogar, jedenfalls hat die politische Öffentlichkeit das so verstanden, sogar Clanabschiebung sollte es da offenbar geben. Das heißt, dass Leute abgeschoben werden, denen persönlich gar nichts zur Last vorgeworfen wird, nur weil sie den falschen Nachnamen haben. Das ist natürlich offensichtlich verfassungswidrig, deswegen hat man den Plan bald wieder beerdigt. Es gibt weitere Pläne, etwa aus der CDU CSU schwer kriminellen Doppelstaatlern, jedenfalls Doppelstaatlern, die eine Staatsbürgerschaft wieder wegzunehmen. Es gibt die große Rückführungsoffensive, die im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition verabredet ist, es gibt die Ankündigung des Abschiebens im großen Stil, die der Bundeskanzler in einem Spiegelgespräch ja gemacht hat. Das alles hat eigentlich die zweite Jahreshälfte 2023 ausgefüllt. Aber nun scheint es eine einfache Regel zu geben, die kennen wir auch aus anderen Bereichen. Wir haben uns ja daran gewöhnt, dass wenn eine Demonstration irgendwie stattfindet, die aber nicht von genuin Linken angemeldet worden ist,

dann heißt diese Demonstration nicht Demonstration, sondern Aufmarsch. auch wenn sie gar keinen bedrohlichen Eindruck macht und eigentlich nur aus Rentnern in Funktionskleidung besteht, es ist dennoch ein Aufmarsch und so ähnlich scheint es auch hier zu sein. Wenn also das Nachdenken über Aufenthaltsbeendende Maßnahmen eben von Oppositionellen Kräften angefangen wird, dann heißen diese Aufenthaltsbeendenden Maßnahmen auf einmal Vertreibung und Deportation und so weiter. Erstaunlich ist ja das breite Echo, dass dieser eigentlich private Abend in einer Villa hervorgerufen hat.

Tichy: wie beurteilen Sie denn das.. wie erklären Sie sich das?

Vosgerau: na ja es wirkt schon wie eine konzertierte Aktion. Das ist ja auch vorbereitet worden. Sieht man ja daran, dass die sogar dann so ein Theaterstück, so eine Aufführung gemacht haben, da werden auch sicherlich andere Redaktionen also darauf vorbereitet gewesen sein, dass sie da mitmachen. Es ist zu sehen, dass diese linken aktivistischen Kreise, die eben teilweise mit dem Öffentlich Rechtlichen Rundfunk und auch sonstigen Medien hervor vorragend vernetzt sind, so dass da eigentlich so ein gleitender Übergang ist zwischen Journalismus und Aktivismus. Heute, wo wir ja einen Politisch Medialen Komplex haben, wo gar nicht mehr ganz so klar unterscheiden ist, wo die politische Funktion anfängt und die wo die Medien aufhören. Da ist schon was vorbereitet worden. Also diese Leute, dieser Politisch Mediale Komplex die verzweifeln schier daran, dass das Verbotsverfahren gegen die AfD noch nicht vor zwei Jahren eingeleitet worden ist. Dann würde es sich jetzt vielleicht auf der Zielgraden befinden, sondern eben nach wie vor immer noch nicht eingeleitet worden ist. Und jeder weiß ,wenn das eingeleitet würde, dann würde es also mindestens zwei Jahre dauern bis da erste Ergebnisse herauskommen und die wollen das eben unbedingt herbeizwingen. Dabei verkennen sie natürlich weil das eben Journalisten sind, teilweise Aktivisten sind, die auch juristisch nicht weiter vorgebildet sind, die verkennen natürlich die sehr gravierenden juristischen Schwierigkeiten, die einem möglichen Verbot der AfD entgegenstehen würden. Deswegen weigert sich ja die Politik das zu machen, weil sie sich ausrechnen kann, dass das ein Fiasko werden würde. Aber diese Einzelheiten verstehen die gar nicht. Die denken einfach, dass die Mentalität ,sie könnten alles herbeizwingen dadurch dass sie Krach schlagen und Skandal machen. Also sie könnten erstmal die Eröffnung des Verfahrens durch viel Krach und Skandal herbeizwingen und dann womöglich auch noch den Erfolg des Verfahrens, indem man noch mal Krach und Skandal schlägt. Das wird natürlich vor dem Bundesverfassungsgericht so nicht möglich sein, weil die sich ja nicht nach nach Korrektiv richten. Aber das ist sicherlich eine wichtige Motivation.

Tichy: Sie selbst sind ja Mitglied der CDU. Sie haben ein Schreiben von ihrer Partei bekommen. Was sagt die denn ja inzwischen?

Vosgerau: habe ich schon zwei Schreiben erhalten. Ich habe zunächst ein Schreiben erhalten, was von der äußeren Form nicht so ganz in Ordnung war von dem Berliner Landesgeschäftsführer und an dem mich vor allem sehr störte, dass er mich darin nicht etwa fragte, wofür ich jedes Verständnis hätte, hören Sie mal wir lesen in den letzten Tagen ja die wildesten Dinge in der Zeitung. Können Sie uns mal erzählen, da sie ja zufällig selbst dabei gewesen sind, was da eigentlich los war. Also wenn er das gefragt hätte, dann hätte ich ihn gerne und vollumfänglich aufgeklärt, wie ich ja auch mit zahlreichen Medien schon geredet habe. Ich habe da ja rein gar nichts zu verbergen. Aber das hat er mich gar nicht gefragt, sondern der hat im Grunde so getan als sei er aufgrund dieser dubiosen vermeintlichen Recherche von Korrektiv, die keine Recherche ist, sondern es ist in der Sache eine Abhöraktion, wie auch immer abgehört worden ist, ob mit langen Ohren oder Richtmikrofon oder wie auch immer. Da haben die dann irgendwelche Inhalte, oder auch im Einzelfall Zitate zusammentragen können und haben die dann aber auch Sinn entstellend anders neu zusammen montiert, ganz ähnlich wie das da bei diesem österreichischen Ibiza Film seiner Zeit passiert ist, wo die glaube ich 6 Stunden aufgenommen haben und da haben sie dann ein paar

Minuten daraus zusammenmontiert, die aber gar nicht zusammen gehörten. Und dann irgendwie einen Skandal machen sollten, der eigentlich im Video gar nicht enthalten war. So ähnlich ist auch hier die Montagetechnik. Da kann man gar nichts draus ableiten und da habe ich dann also auch geantwortet, dass es so nicht geht. Und inzwischen habe ich einen zweiten Brief erhalten von dem zuständigen Bezirk ist das dann glaube ich, wo ich eben im Hinblick auf die mögliche Eröffnung eines Parteiausschussverfahrens durch den zuständigen Bezirksvorstand gebeten werde, also meine Sicht der Dinge erstmal darzulegen und das kann ich ja tun, gerade wie ich sie hier darlege. Insbesondere kann ich ja darauf verweisen dass dieser eigenartige Text von Korrektiv, der also immer alles begründen soll und der angeblich die Enthüllungen ans Tageslicht gebracht hat, dass diesem Text also absolut gar nichts zu entlehnen ist, außer eben der Tatsache, das Korrektiv den Sellner nicht gut findet. Das ist aber keine Neuigkeit und deswegen bin ich eigentlich sehr zuversichtlich dass ein Parteiausschlussverfahren im Ergebnis nicht eröffnet werden wird.

Tichy: Welche Enthüllungen hochgeheimer Vorgänge, Umsturzversuche, Putschversuche oder ähnliches erwarten Sie denn jetzt? Denn es ist ja kein Zufall in welcher Phase gerade diese angeblichen Enthüllungen veröffentlicht werden.

Vosgerau: ja das weiß ich leider auch nicht, denn ich kann die Zukunft nicht vorhersagen. Aber es ist zu erkennen dass der Politisch Mediale Komplex... ich sag's hier noch mal, sich jetzt quasi in einem Endkampf ja gegen die Opposition zu wähen scheint. Dabei muss man wissen, dass insbesondere die SPD sich derzeit in heller Panik befindet, weil ihr unter anderem eben auch das neue Wahlrecht, dass sie ja selber mit eingefedelt hat, jetzt um die Ohren zu fliegen beginnt. Wir erinnern uns die Ampelkoalition hat ein neues Wahlrecht eingeführt, durch eine abermalige Wahlrechtsreform. Die Wahlrechtsreform jagen sich ja gegenseitig in letzter Zeit. Zweck der Wahlrechtsreform war es vor allen Dingen zwei Parteien fertig zu machen, nämlich die Linke auf der einen Seite und die CSU auf der anderen Seite. Pikantes Detail ist dann noch, dass ja die Union im Bundestag der Wahlrechtsreform zugestimmt hat, weil sie intellektuell nicht kapiert hat, dass die darauf hinausläuft die CSU aus dem Bundestag zu jagen. Deswegen dann die CDU die dann übrig bleibt, auch nicht viel stärker wäre als die SPD. Das haben die also ins Werk gesetzt und haben gedacht dass schadet dann eben der CSU und das schadet der Union, weil dann nur noch die CDU übrig ist. Jetzt zeigt sich, dass die Sache nach hinten losgeht, weil die SPD ja so schlechte Zweitstimmenergebnisse erzielt und gleichzeitig kaum noch überhaupt einen Wahlkreis gewinnt. Denn die Wahlkreise werden eben entweder von der CDU gewonnen im Westen, oder von der AfD im Osten. Bisher hat die SPD Bundestagsfraktion eben auch deshalb noch so relativ viele Plätze und Sitze zu vergeben, weil sie ja immer mächtig profitiert von den Ausgleichsmandaten, die fällig werden als Ausgleich für die Überhangmandate, die wiederum die Unionsparteien erwirtschaften, allen voran die CSU. Genau diese Überhangmandate, mithin auch die Ausgleichsmandate fallen ja nach der Wahlrechtsreform weg. Und nun zeigt sich, die SPD gewinnt leider auch keine Direktmandate mehr und dann wird sie eben auf das reduziert werden was sie als Zweitstimmenergebnis bekommt und das ist ja wie sich in immer neuen Umfragen zeigt katastrophal wenig und deswegen sind die in Panik, darüber hatten wir ja auch schon gesprochen über diese Wahlrechtsreform Panik pur .

Tichy: also Herr Vosgerau haben sie vielen Dank für das Gespräch.

Vosgerau: Danke auch, schönen Tag

Tichy: und bei Ihnen bedanken wir uns fürs Zuhören.

(1) Remigration: Ein Vorschlag | Taschenbuch – erscheint 1. Februar 2024